

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Donnerstag, 27. Oktober 1988

Nr.205 (5 833)

Preis 3 Kopeken

„Wohnungsbau 91“

Vertrag — beiderseits vorteilhaft

Das Kollektiv des Teilbetriebs der Produktionsvereinigung für Stahlbetonfertigung des Ministeriums für Verkehrsstraßen liefert seine Produktion praktisch an alle Baustellen der Republik. Die Stahlbetonfertigung und die Granitzeugnisse sind bei den Abnehmern sehr stark gefragt.

„Eben darum sind wir bestrebt, die Produktion dieser Erzeugnisse kontinuierlich zu steigern“, sagt der Chefingenieur des Betriebs Viktor Ditter. „Neuerdings haben wir bereits die Rekonstruktion einer Betriebsabteilung abgeschlossen. Dabei sind drei neue Dampfkammern in Betrieb genommen worden, was uns ermöglicht hat, die Produktionskapazitäten dieser Abteilung und zugleich die Erzeugnisqualität wesentlich zu steigern. Darüber hinaus haben wir auch die Produktion von Verkleidungsplatten aufgenommen. Kurzum unser Kollektiv ist bestrebt, möglichst mehr Reserven zu ermitteln, um einen merklichen Beitrag zur Realisierung des Programms „Wohnungsbau 91“ zu leisten.“

beitsbiographie zu vermerken sei en, sagte er einfach: „Die hab ich jeden Tag, wenn ich mit einem Erzeugnis fertig bin, ist das schon ein Ereignis.“

Tatsächlich, der Arbeitsveteran hat recht, denn ein Arbeitstag ist uns dann denkbar, wenn man spürt, daß er von Nutzen war und von den anderen eingeschätzt wird. Die langjährige Arbeitstätigkeit von Grigori Killin ist hoch eingeschätzt worden: Er ist Träger des Ordens „Arbeitsruh 3. Klasse“ und der Medaille „Für heldenmütige Arbeit“.

„Unser Kollektiv ist zahlenmäßig nicht groß, jedoch einig“, sagt Viktor Ditter. „Seine Erzeugnisse können sich buchstäblich sehen lassen. Die Granitverkleidung ziert solche einmaligen Gebäude der Hauptstadt wie den Lenin-Palast, das Hotel „Kasachstan“, das Kasachische Staatsmuseum und den Eheschließungspalast. Die Steinhauer sind sich ihrer hohen Verantwortung bewußt und arbeiten gewissenhaft und mit vollem Einsatz. Die „Berufshandschrift“ der namhaften Steinhauer Wladimir Petelin, Gennadi Pack, Viktor Jegorow und des ganzen Kollektivs der Abteilung sieht man auf zahlreichen Gebäuden der Hauptstadt.

Noch bis vor kurzer Zeit stand das Wohnungsbauproblem im Betrieb sehr akut auf der Tagesordnung. Gegenwärtig hat sich die Lage zusehends verbessert.

„Wir haben mit dem Sowchos „Kamenski“ im Rayon Kaskelen einen Vertrag abgeschlossen“, erzählt Viktor weiter. „Laut Vertrag erhalten wir vom Sowchos Boden für den Bau. Dafür übergeben wir den Sowchosarbeitern die Hälfte der errichteten Wohnfläche. Auf diese Weise entstehen unsere Beziehungen, die für uns gegenseitig vorteilhaft sind.“

Die Sache wurde energisch angepackt. Für die im Betrieb gebildete Baubrigade hat man auch die künftigen Hausbewohner gewonnen. Sie nutzen für die Arbeit hier ihre Urlaubszeit und die Ruhetage. Schon in kurzer Zeit waren die ersten Wohnhäuser übergeben. Die Wohnungszuweisungen erhielten mit unter den ersten der Arbeiter der Sauerstoffabteilung I. Scharafutdinow, die Buchhalterin W. Sokol, der Steinhauer E. Jerogow und andere Werkarbeiter.

Einer der führenden Produktionsbereiche des Betriebs ist die Abteilung für thermische Behandlung der Steine. Hier sind die Steinhauer im Einsatz. Der technische Fortschritt kam auch diesem uralten Beruf zu Hilfe, doch das wichtigste Werkzeug bleiben hier bis heute noch das Klopflholz und der Vorschlaghammer.

„Das ist ja auch verständlich, denn ein Schneidbrenner ist zwar sehr notwendig, aber bei Feinarbeiten ist das Handwerkzeug unentbehrlich“, sagt der Steinhauer Grigori Killin. „Ich persönlich ziehe bei der Arbeit den Hammer und den Kell vor. Dasselbe fordere ich auch von meinem Schüler Fjodor Gluchow. Denn ohne diese Arbeitsfertigkeiten kann aus ihm kein echter Steinhauer werden. Heute bin ich mit dem Jungen zufrieden, denn meine Lehren haben sich nicht als unnütz erwiesen. Ich weiß nun, wem ich mein Werkzeug übergeben kann.“

Grigori Killin arbeitet bereits 20 Jahre in dieser Abteilung. Den Granitbearbeitung beherrscht er aus dem Effeff. Seine Berufsmasterschaft grenzt an Vollkommenheit, und die reichen Arbeitererfahrungen übermitteln er gern seinen Kollegen.

Auf meine Frage, welche denkwürdigen Ereignisse in seiner Arbeitsbiographie zu vermerken seien, sagte er einfach: „Die hab ich jeden Tag, wenn ich mit einem Erzeugnis fertig bin, ist das schon ein Ereignis.“

Friedrich SATTLER
Gebiet Alma-Ata



Positive Wandlungen haben sich auf allen Produktionsabschnitten des Giganten der Hüttenindustrie Kasachstans, des Karagandaer Hüttenwerks vollzogen. Die Werkstätten des Großbetriebs suchen alle Reserven effektiv zu nutzen, um die Ökonomie an der Basis zu festigen und den komplizierten Staatsaufträgen gerecht zu werden.

Die erzielten Leistungen sprechen eindeutig davon, inwiefern aktiv jede Brigade und jedes Abteilungskollektiv gewonnen sind. Man lernt es, umfänglich und stabil zu wirtschaften, wobei man schon heute an der Entwicklung eines langfristigen Programms der kontinuierlichen Produktionsintensivierung arbeitet.

Unsere Bilder: Die fällige Schmelze; bereits zwölf Jahre macht im Betrieb die technische Kontrolleurin Swetlana Bragina mit; es wird ständig für die Gesundheit der Hüttenwerker gesorgt — Lilly Gontschark besucht die Schmelzabteilungen jeden Tag.

Fotos: KasTAG

Werktätige der Sowjetunion! Kämpft für die Realisierung der Wirtschaftsreform, geht über zu vollständiger wirtschaftlicher Rechnungsführung, Selbstfinanzierung, Pachtvertragsmethode und Kooperation!

(Aus den Lösungen des ZK der KPdSU)

Wirtschaftsleben kurzgefaßt

Ein hohes Tempo erreichen die Bauarbeiten in dem Pferdezuchtbetrieb „Platimarski“ im Gebiet Uralak. Seit Jahresbeginn sind im Betrieb nahezu 840 Quadratmeter Wohnfläche an die Dorfbewohner übergeben worden. Die Planaufgaben im Wohnungsbau sind zu 109,5 Prozent erfüllt. Dabei haben die Bauarbeiter rund 460 Quadratmeter Wohnfläche über die Planziele hinaus bereitgestellt.

Allen voran sind heute die Montagearbeiter des Trasts „Jushelevatormelstrol“, der Generalaufträge in fünf Südgebieten Kasachstans ausführt. Die Montagearbeiter haben sich dem Unionsleistungsvergleich um die vorfristige Realisierung ihres Jahresprogramms 1988 angeschlossen; durch die Einführung des einheitlichen Brigadeauftrags ist es dem Kollektiv gelungen, die Arbeitsproduktivität rapide zu steigern und die Produktionskosten zu reduzieren.

Statistische Angaben über das Entwicklungstempo

Von Januar bis September 1988 hat sich der Prozeß der weiteren Gesundung der Wirtschaft fortgesetzt. Es ist eine Steigerung des Wachstumstempes in der Produktion, zunächst durch intensiven Faktoren gesichert worden, heißt es im Bericht des Staatlichen Komitees der UdSSR für Statistik. Über die sozialökonomische Entwicklung der UdSSR in den neun Monaten 1988. Das Nationaleinkommen wuchs gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 4,7 Prozent und die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit um 5,2 Prozent. Die Planaufgaben beim Gewinn und bei anderen Akkumulierungen wurden überboten. Dazu trug die Einführung der Prinzipien der vollständigen wirtschaftlichen Rechnungsführung und Eigenfinanzierung bei.

Die soziale Ausrichtung bei der Wirtschaftsentwicklung verstärkte sich. Die Produktion von Konsumgütern stieg an, der Plan beim Einzelhandelsumsatz wurde erfüllt. Die entgeltlichen Dienstleistungen für die Bevölkerung und der Umfang der von Kooperativen ausgeführten Arbeiten erweiterten sich erheblich.

Zugleich bleibt in einer Reihe von Wirtschaftsbereichen die Spannung weiterbestehen. Eine stabile Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion wurde nicht gesichert. Das Nationaleinkommen stieg in einem geringeren Tempo, als es vorgesehen war. Im dritten Quartal dieses Jahres ging die Produktion von Industrieerzeugnissen zurück, deren unvollständige Lieferung laut Verträgen und Bestellungen nahm rapide zu. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, Ressourcensparen und Qualitätserhöhung sind noch nicht zu entscheidenden Faktoren des Wirtschaftswachstums geworden. In vielen Betrieben kam die Lohnerhöhung der Steigerung der Arbeitsproduktivität voraus. Die Einnahmen der Bevölkerung entsprechen nicht vollständig der Versorgung mit Waren und Dienstleistungen. Akut ist das Problem der Versorgung mit billigen Waren, deren Produktion schrumpfte. Nicht erfüllt wurde der Neunmonatsplan des Baus von Wohnungen bzw. sozialen und kulturellen Einrichtungen. Die Finanzlage einzelner Betriebe und Einrichtungen bleibt instabil.

entsprechenden Vorjahreszeitraum 27 Milliarden Rubel. Aus den zentralisierten staatlichen Investitionen und Fonds der Betriebe und Einrichtungen wurden um 2,3 Milliarden Rubel mehr Grundfonds als in den neun Monaten 1987 in Anspruch genommen. Der Einzelhandelsumsatz und der Umfang der entgeltlichen Dienstleistungen stieg um 22,5 Milliarden Rubel.

Der Gewinnplan von Januar bis August wurde um 8,7 Prozent überboten, der Überplangewinn betrug 10,8 Milliarden Rubel.

Der Außenhandelsumsatz der UdSSR betrug 96,4 Milliarden Rubel. Zwei Drittel davon entfielen auf die sozialistischen Länder. Der Export blieb auf dem Stand des entsprechenden vorjährigen Zeitraumes. Der Import nahm um 4,8 Prozent zu. Mit Stand vom 1. Oktober wurden auf dem Territorium der UdSSR 105 Gemeinschaftsunternehmen registriert, unter Beteiligung von sowjetischen und ausländischen Einrichtungen und Firmen.

Auf den Feldern steht die Ernte von Agrarerzeugnissen vor ihrem Abschluß. Das Getreide ist auf 103,1 Millionen Hektar geerntet. Die Agrarbetriebe von 16 Gebieten, Regionen und autonomen Republiken der RSFSR und von sieben Gebieten der Ukrainischen SSR sowie das Gebiet Dshambul in der Kasachischen SSR und die Republiken Belorussland, Georgien, Aserbaidschan und Armenien haben ihren Plan des Getreideverkaufs an den Staat erfüllt. Die Erfassung von Baumwollfasern, Zuckerrüben, Obst- und Beeren ist gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres gesteigert, und die von Kartoffeln und Gemüse verringert worden.

Am 3. Oktober war die Wintersaat auf 36 Millionen Hektar beendet.

Die Agrarbetriebe sämtlicher Kategorien haben 16,8 Millionen Tonnen Vieh und Geflügel (Lebendgewicht), 62,3 Millionen Tonnen Milch und 43,7 Milliarden Eier aufgekauft.

Die Investitionen in die Entwicklung des Agrar-Industrie-Komplexes (einschließlich der Branchen, die die Landwirtschaft mit Produktionsmitteln versorgen) aus allen Finanzierungsquellen machen 43 Milliarden Rubel aus. Allerdings bleibt die Entwicklung der verarbeitenden Zweige des Agrar-Industrie-Komplexes hinter der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse erheblich zurück und wird den Erfordernissen der Bevölkerung nicht gerecht.

Mit Hilfe von staatlichen zentralisierten Investitionen und Mitteln aus den Fonds der Betriebe und Einrichtungen wurden Grundfonds im Werte von 86,1 Milliarden Rubel in Betrieb genommen. Es wurden 79,3 Milliarden Rubel staatlicher zentralisierter Investitionen in Anspruch genommen. Der Anteil von eigenen Mitteln der Betriebe und Einrichtungen am Gesamtumfang der Investitionen in die Volkswirtschaft betrug 38 Prozent.

Rentabilität wächst

Die Einführung des einheitlichen Brigadeauftrags auf den Milchfarmen der Agrarbetriebe hat weitere Perspektiven für die Intensivierung der Milchproduktion eröffnet. Diese Meinung vertreten heute dutzende Fachleute aus Kolchos und Sowchos des Gebiets Kokschetaw, das nach allen Kennwerten führend im Leistungsvergleich der Milchproduzenten ist.

„Hauptsache ist, daß wir viele Melkerinnen für das wertvolle Vorhaben gewonnen haben“, sagt Alexander Ziegler, Direktor des Sowchos „Pobeda“, dessen Kollektiv sich auf Milch- und Fleischproduktion spezialisiert. „Die Menschen haben den Nutzen des ökonomischen Vorhabens eingesehen, sie verstehen, daß unter diesen Bedingungen die Formel „Jedem nach seiner Leistung“ besonders effektiv arbeitet und stimmen einmütig für den einheitlichen Auftrag.“

Den Melkerinnen des Sowchos ist es beispielsweise gelungen, den Melkertrag pro Kuh und Jahr auf 3600 Kilo zu bringen; in diesem Jahr wollen über 30 Melkerinnen aus „Pobeda“ diese Zielmarke erreichen.

Gute Ergebnisse weisen auch die Brigaden der Sowchos „Ok-tjabrski“, „Rasdolny“, „Kokschetawski“ u. a. auf.

Eugen KOCH
Gebiet Kokschetaw

Der Besuch dauert fort

Verhandlungen zwischen dem Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, M. S. Gorbatschow, und dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, H. Kohl, haben am 25. Oktober im Kremel stattgefunden. H. Kohl weit zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion.

An den Verhandlungen nahmen teil: N. I. Ryshkow Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR; E. A. Schewardnadse, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Außenminister der UdSSR; A. N. Jakowlew, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU; D. T. Jasow, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Verteidigungsminister der UdSSR, sowie andere offizielle Persönlichkeiten.

Von bundesdeutscher Seite — H. D. Genscher, Stellvertreter des Bundeskanzlers und Bundesaußenminister sowie andere offizielle Persönlichkeiten, die H. Kohl auf seiner Reise begleiten.

Eingehend erörtert wurden Fragen der weiteren allseitigen Entwicklung und Vervollkommnung der sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen sowie Probleme der Sicherheit und Abrüstung, vornehmlich aus europäischer Sicht. Es wurde unterstrichen, daß der Dialog beiderseits sich in Richtung der Suche nach Wegen zur Sicherung einer neuen Qualität und Tiefe des gesamten Komplexes der bilateralen Verbindungen entwickelte, damit sie eine prinzipiell neue Etappe erreichen, für die wachsende beiderseitige Einvernehmen, Vertrauen und Annäherung kennzeichnend wären. In diesem Zusammenhang erlangt der Austausch von Besu-

chen auf höchster Ebene zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland erstrangige Bedeutung. Gestützt auf alles Positive, was in den zwischenstaatlichen Beziehungen gesammelt wurde, sollen die Kontakte auf höchster Ebene den neuen perspektivreichen Vorhaben auf dem Gebiet der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Ökologie, Kultur und der Kontakte zwischen den Menschen einen Impuls verleihen.

Nach den Verhandlungen wurden im Kremel sowjetisch-bundesdeutsche Dokumente signiert. Dem Unterzeichnungszentrum wohnten M. S. Gorbatschow und H. Kohl, E. A. Schewardnadse, D. T. Jasow, H.-D. Genscher, der Verteidigungsminister der BRD R. Scholz sowie andere sowjetische und bundesdeutsche Verhandlungsteilnehmer bei.

Unterzeichnet wurden: Das Abkommen zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Zusammenarbeit im Umweltschutz; das erste Programm der kulturellen Zusammenarbeit zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Bundesrepublik Deutschland für 1988—1989; das Abkommen zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die operative Benachrichtigung im Falle einer nuklearen Havarie und über den Austausch von Informationen über die Kernanlagen; ein Abkommen zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Verhinderung von Zwischenfällen auf See außerhalb der Territorialgewässer; ein Abkommen zwischen dem Staatlichen Agrar-Industrie-Komitee der

UdSSR und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung der Zusammenarbeit von Unternehmen, Firmen und Organisationen im Bereich der Nahrungsmittelindustrie; ein Abkommen zwischen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und dem Bundesministerium für Forschung und Technologie der Bundesrepublik Deutschland über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken.

Darüber hinaus wurde eine Reihe von Absichtserklärungen über die Zusammenarbeit in konkreten Bereichen vereinbart.

Am selben Tag traf N. I. Ryshkow mit H. Kohl zusammen. Es fand ein ausführlicher Meinungsaustausch über den gesamten Komplex der Beziehungen UdSSR—BRD statt. Es wurde die Zuversicht zum Ausdruck gebracht, daß die Verwirklichung der Vereinbarungen über die sowjetisch-bundesdeutschen Gipfeltreffen es möglich machen wird, ein neues Kapitel in der Zusammenarbeit beider Länder einzuleiten, die sich natürlich mit der Entwicklungsdynamik der ganzen Welt harmonisieren muß.

Der Bundeskanzler der BRD legte Kränze am Grabmal des Unbekannten Soldaten und an der Krimlmauer nieder.

Am Abend wohnten M. S. Gorbatschow mit Gattin und H. Kohl mit Gattin im Säulensaal des Gewerkschaftshauses einem Konzert des Orchesters der Münchener Philharmonie bei.

(TASS)

Im Präsidium des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Am 25. Oktober fand die fällige Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR statt, die die Frage der Einberufung der elften Tagung des Obersten Sowjets der Republik erörterte. Der Erlaß über die Einberufung der Tagung und die Mitteilung über die ihr zu unterbreitenden Fragen sollen in der Presse veröffentlicht werden.

Es wurde die Arbeit der Sowjets der Volksdeputierten Alma-Atas betreffs der Einhaltung der Forderungen der Gesetzgebung über die Festigung der Familie und die Erhöhung ihrer Verantwortung für die Kindererziehung behandelt. Zu dieser Frage wurde ein Beschluß gefaßt, der in der Presse veröffentlicht werden wird.

Auf der Sitzung wurde die Arbeit der Sowjets der Volksdeputierten des Gebiets Gurjew zur Gewährleistung einer effektiven Beschäftigung der arbeitsfähigen Bevölkerung während der durchgeführten Wirtschaftsreform analysiert. Es wurde festgestellt, daß durch die Vervollkommnung der Struktur der Leitungsapparate der Rayon-, Stadt- und Gebietsorgane sowie durch den Übergang der Betriebe und Einrichtungen zu neuen Bedingungen der Wirtschaftsführung über 11 000 Personen freigesetzt und neu eingestellt wurden.

In allen Städten und Rayons des Gebiets außer Emba, wo das geregelte Dauereinsatzverfahren der Arbeit vorherrscht, wird die Produktion durch die Arbeit der örtlichen Bevölkerung gesichert.

Zugleich ist ein bedeutender Teil der Bewohner von Gurjew, Schewtschenko, Nowy Usen, Tengis, Inder und Machambet in der Volkswirtschaft noch nicht beschäftigt. Der effektive Einsatz der freien arbeitsfähigen Bevölkerung wird durch das Fehlen der entsprechenden sozialen und Produktionsbedingungen gehemmt. Es mangelt an Vorschuleinrichtungen, Schulen, Gaststätten und Handelsbetrieben. Allein aus diesen Gründen beteiligen sich über 27 000 Mütter nicht an der gesellschaftlichen Produktion.

Schlecht wird die Arbeit bei der Organisation von Kooperativen und der individuellen Erwerbstätigkeit betrieben. Nur langsam werden fortschrittliche Formen des Leistungsvertrags anhand des Familien- und Genossenschaftsprinzips unter Verpackung von Grundstücken, Produktionsgebäuden und -anlagen eingeführt. Die Sowjets der Volksdeputierten des Gebiets und ihre Exekutivkomitees bekunden nicht die gehörige Beharrlichkeit beim Einsatz der Arbeitsressourcen, der Ermittlung von Reserven für die

Schaffung neuer Arbeitsstellen, bei der Ausbildung und Verankerung qualifizierter Kader und bei der Gewährleistung der maximalen Beschäftigung der Bevölkerung durch die intensive Entwicklung der Produktions- und der sozialen Infrastruktur bzw. der Einführung fortschrittlicher Methoden der Wirtschaftsführung.

Das Präsidium verpflichtete die Sowjets der Volksdeputierten des Gebiets Gurjew und ihre Exekutivorgane, gemäß den Forderungen der Umgestaltung einen Komplex von Maßnahmen zur Gewährleistung einer effektiven Beschäftigung der Bevölkerung zu verwirklichen.

Anhand der Materialien der ständigen Kommission für Fragen der nationalen und zwischennationalen Beziehungen des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR, die über die Ordnung der Ermittlung, Koordinierung und Erörterung der spezifischen nationalen Probleme beriet, die unter den Nationalitäten aufkommen, welche außerhalb ihrer staatlich-territorialen Gebilde leben oder solche nicht besitzen“, faßte das Präsidium einen entsprechenden Beschluß.

Behandelt wurden auch praktische Aufgaben, die mit der umfassenden Erörterung der Entwürfe des Gesetzes der UdSSR über Änderungen und Ergänzungen der

Verfassung (des Grundgesetzes) der UdSSR und des Gesetzes der UdSSR über die Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR verbunden sind. Die Exekutivkomitees der Gebiets-, des Alma-Atar Stadt- und des Leninsk-Stadtsowjets der Volksdeputierten wurden beauftragt, an der Basis eine umfassende Erörterung der erwähnten Entwürfe zu organisieren, die darüber eingelaufenen Vorschläge und Bemerkungen zu analysieren und zu verallgemeinern.

Auf der Sitzung wurde über die vorläufige Erörterung der entsprechenden Abschnitte des Staatsplans der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie des Staatshaushalts der Republik für das Jahr 1989 in der Plan- und Haushalts-sowie in anderen Kommissionen des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR beraten. Sie wurden aufgefordert, die entsprechenden Materialien vorzubereiten und sie dem Obersten Sowjet der Republik zur Erörterung vorzulegen.

Es wurden Arbeitsgruppen für die Vorbereitung von Entwürfen der Gesetzgebungsakte der Kasachischen SSR gebildet.

Auch einige andere Fragen des staatlichen Lebens der Republik wurden erörtert.

(KasTAG)

Parteikomitee: Anforderungen an die Kader erhöhen

(Vom Plenum des Pawlodarer Gebietspartei-Komitees)

Auf dem Plenum des Pawlodarer Gebietspartei-Komitees am vorigen Sonnabend wurden Organisationsfragen erörtert. P. I. Jerpilow wurde im Zusammenhang mit dem Übergang in den Ruhestand seiner Pflichten als Erster Sekretär des Gebietspartei-Komitees entbunden. Zum Ersten Sekretär des Gebietspartei-Komitees wurde J. A. Meschtscherjakow, zum zweiten Sekretär M. K. Dussembajew und zum Sekretär — N. F. Krasnoselski gewählt.

Die wenigen Zellen der offiziellen Mitteilung können selbstverständlich nicht einmal einen Teil jener angespannten und komplizierten Vorbereitungsarbeit wiedergeben, die dem Plenum vorausging, sowie der ganzen Tiefe und Prinzipientreue des Gesprächs, das sich dabei entspannt. Gerade dadurch unterschied es sich von einer beliebigen ähnlichen Veranstaltung in der Vergangenheit und wurde zu einem außergewöhnlichen Ereignis im Leben nicht nur der Gebietspartei, sondern auch der ganzen Parteiorganisation der Republik.

Das hat seine wichtigen Gründe. Die Arbeit zur Auswahl, Entwicklung und Verteilung von Kadern war schon immer die vorrangige Richtung in der Tätigkeit der Parteiorgane. Besonders stiegen ihre Rolle und ihre Bedeutung jetzt, in der komplizierten und verantwortlichen Periode der revolutionären Erneuerung der Gesellschaft, der Entwicklung der Demokratisierung und Offenheit und der allgemeinen Durchsetzung der Ideen der Umgestaltung. Denn der Erfolg der Wandlungen sowie der Verlauf der Realisierung der Pläne und Umgestaltungen in der jeweiligen Region, Stadt, im jeweiligen Dorf und in jedem Kollektiv hängen davon ab, wer das Amt des Parteiliegers bekleidet, ob er ein guter Leiter der Kommunisten, aller Werktätigen sein wird.

Gerade deshalb standen die Plenumsteilnehmer vor einer, offen gesagt, nicht einfachen Aufgabe, da es vorstand, die Zusammensetzung des Büros des Gebietspartei-Komitees wesentlich zu erneuern. P. I. Jerpilow bat, da es das Rentenalter erreicht hatte, ihn seiner Pflichten als Erster Sekretär des Gebietspartei-Komitees zu entbinden. Die übergeordneten Parteilinstanzen hielten es für möglich, seiner Bitte stattzugeben. Außerdem wurde der zweite Sekretär des Gebietspartei-Komitees K. N. Schakirimow auf andere Arbeit überführt, und der Sekretär des Gebietspartei-Komitees M. M. Makejew, der für Fragen des Bauwesens zuständig ist, erklärte, er sei nicht imstande, seine Funktionen aus Gesundheitsgründen weiter auszuüben. Solch eine Situation war hier nun einmal entstanden. Vieles aber, worum es auf dem Plenum in Pawlodar ging, geht weit über den Rahmen eines Ereignisses von nur lokaler Bedeutung hinaus.

Welchen Kriterien muß heute ein Parteilieger eigentlich genügen? Man gab verschiedene Antworten auf diese schwierige Frage. Die meisten Kommunisten aber kamen sowohl in Gesprächen vor dem Plenum als auch in ihren Ansprachen von dessen Tribüne aus im großen und ganzen in folgendem überein: Ein Parteilieger muß vor allem eine Persönlichkeit sein, die zu außergewöhnlichen und kühnen Entscheidungen fähig ist. Er muß durch sein Vorbild die Menschen für eine noch aktivere Teilnahme an der Umgestaltung begeistern.

Die aufgestellten Kandidaturen J. A. Meschtscherjakow, M. K. Dussembajew und N. F. Krasnoselski waren für niemanden eine Überraschung. Vor dem Plenum hatten sie zahlreiche Zusammenkünfte mit den Mitgliedern des Gebietspartei-Komitees, Vertretern der Arbeitskollektive und der Bevölkerung des Gebiets. Sogar die Route dieser Fahrten zeugte davon, daß die wichtigsten „Nervenzentren“ der sozialökonomischen Entwicklung des Gebiets Pawlodar gewählt wurden, nämlich das neue Wohngebiet „Datschny“, des Gebietszentrums, die Verkaufsstellen „Koopoperator“, „Universam“, der Menüläden, der Kolchosmarkt, die Vereinigung „Pawlodarer Lenin-Traktorenwerk“, die Ascheziegelerei in Jermak.

Gerade beim Wohnungsbau und bei der Versorgung mit Lebensmitteln und mit Waren des täglichen Bedarfs steht das Gebiet weit nicht an erster Stelle in der Republik. Und das nehmen sich die Bewohner des Gebiets Pawlodar sehr zu Herzen. Jeder von ihnen weiß, daß im Gebiet ein mächtiges Industriepotential entstanden ist, daß es im Agrar-Industrie-Komplex viele Reserven gibt, daß sie aber sehr schlecht erschlossen werden.

Deshalb verließen die Zusammenkünfte — ob mit dem Parteilieger in Rayonpartei-Komitees oder mit den Kunden in Verkaufsstellen — bei höchster Spannung. Viel Objektives mußten die „rücktrehenden“ Leiter über sich selbst hören, viele Wünsche wurden den Kandidaten für die Parteiliegen des Gebiets geäußert. Viele interessierten sich selbstverständlich dafür, was sie „mitgebracht“ haben, was Neues sie in die Tätigkeit des Gebietsstabs der Kommunisten hineinbringen wollen, wie sie sich die weitere Entwicklung des sozialen und wirtschaftlichen Lebensbereichs des Gebiets vorstellen, wie Trägheit, Konservatismus und Konsumentenideologie bei der Lösung

längst gereifter Probleme überwinden werden sollen. Daher hörten die Kommunisten und Partellosen mit erhöhtem Interesse und mit Aufmerksamkeit J. A. Meschtscherjakow, M. K. Dussembajew und N. F. Krasnoselski zu, ihre Gedanken wurden auf dem Plenum des Gebietspartei-Komitees in konzentrierter, programmatischer Form vorgebracht.

Es spricht J. A. Meschtscherjakow. Vielen imponierte nicht nur seine Biographie: Er absolvierte ein Technikum, eine Hochschule, die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU, war als Zimmerer, Meister, Truisteleiter, Sekretär des Rayon- und des Stadtpartei-Komitees, in letzter Zeit auch als Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans tätig. Doch ihnen sagte wohl etwas anderes zu, nämlich die spürbaren Wandlungen auf dem ihm übertragenen Arbeitsabschnitt. Eine bereite Tatsache: Der Kandidat ist Initiator des Republikprogramms „Wohnungsbau 91“, und dessen erfolgreiche Realisierung ist allgemein bekannt.

J. A. Meschtscherjakow: Für mich habe ich folgendes Aktionsprogramm aufgestellt: Wenn Sie mir das Vertrauen entgegenbringen, so will ich die Bemühungen aller Kommunisten und Partellosen in den vier Hauptregionen konzentrieren — Versorgung mit Lebensmitteln, Wohnungen, Konsumgütern und die Lösung ökologischer Probleme. Ich bin der Meinung, daß für das Gebiet Pawlodar dies die aktuellsten Fragen sind.

Wenn wir sie aber berühren, muß man in Betracht ziehen, daß wir in der Republik schon große positive Erfahrungen haben. Einige Gruppen aus dem Gebiet Pawlodar wollten beispielsweise neulich in den Nachbargebieten und ließen sich über die Lösung des Lebensmittelprogramms informieren. Man kann, ohne zu übertreiben sagen, daß viele Regionen in dieser Hinsicht bei den Gebieten Zelinograd und Koktschetaw in die Lehre gehen.

Dasselbe kann man auch über die in der Republik gesammelten Erfahrungen beim Wohnungsbau sagen. Viele davon kommen von hier, aus dem Gebiet Pawlodar. Zum Beispiel die Errichtung der „zusätzlichen“ 5. und 6. Häuseretagen sowie die Heranziehung der Antragsteller zum Wohnungsbau.

All das muß selbstverständlich verbreitet und effektiv genutzt werden. Mit Konsumgütern und ökologischen Fragen steht es im Gebiet viel komplizierter. Aber auch sie müssen mit frischem Mut, ohne die wertvolle Zeit zu verlieren, gelöst werden. Ich glaube, gerade diese vier Richtungen. Ich bin davon eigentlich tiefest überzeugt, müssen in der Tätigkeit der Gebietsparteiorganisation vorrangig werden.

Was ich noch unbedingt sagen möchte: Als das Wichtigste in der Arbeit des Kommunisten und des Parteiliegers betrachte ich die Fürsorge für die Menschen. Da gibt es keine Kleinigkeiten und kann es sie auch nicht geben. Sehen Sie mal, die Kränkungen und Unzufriedenheiten der Menschen gehen mitunter auf ganz gewöhnliche Dinge zurück: Bei dem einen ist der Wasserhahn nicht dicht, bei dem anderen ist das Dach leck geworden, einer hat jemand keine Sprechstunde gewährt, ein anderer ist gegen jemand grob gewesen. Es ist doch kein Geheimnis für Sie, daß die Parteiliegen vieles, was die Lebensbedingungen der Menschen betrifft und ihre Stimmung beeinflusst, lange Zeit unbeachtet ließen und auch noch lassen.

Während der Zusammenkünfte mit den Bewohnern des Gebiets Pawlodar ist mir schon ein wichtiger Aspekt klar geworden: Allzu selten treffen sich Sekretäre des Gebietspartei-Komitees mit Menschen, nur selten sprechen sie mit ihnen über aktuelle Themen und erläutern ihnen die Position des Partei-Komitees zum jeweiligen Problem. Das führt seinerseits zu zahlreichen Gerüchten und Erinnersungen betreffs der Lebensmittel, der ökologischen und anderer Fragen und sogar zur Irrigen Vorstellung von der Sachlage. Bin überzeugt, daß die Parteiliegen so etwas nicht dulden dürfen!

Einige Worte zur Kollegialität in der Arbeit. Sie muß in Verbindung mit hoher persönlicher Verantwortung jedes leitenden Kommunisten für den ihm übertragenen Abschnitt realisiert werden. Konkrete Arbeitsergebnisse sind das erste und das wichtigste Kriterium der Tätigkeit. Davon hängen letzten Endes das Ansehen des Partei-Komitees und sein Vermögen ab, die komplizierten Prozesse der Erneuerung der Gesellschaft zu leiten.

An der Erörterung des Programms der Kandidaten beteiligten sich die Mitglieder des Gebietspartei-Komitees K. Allin, O. Koschanow, A. Koschewol, Sh. Isakow und G. Scharchow. Sie stellten fest, daß der von J. A. Meschtscherjakow entwickelte Aktionsplan vollständig den unerlässlichen Forderungen des Gebiets entspricht.

Es fand eine Abstimmung statt. Zum Ersten Sekretär des Pawlodarer Gebietspartei-Komitees wurde einstimmig J. A. Meschtscherjakow gewählt. Das Wort auf dem Plenum er-

greift M. K. Dussembajew. Er, ein im Gebiet Pawlodar zur Gänze angesehener Kommunist und Leiter, steht der Parteiorganisation von Ekibastus — der Stadt der Bergarbeiter, Energetiker und Bauarbeiter — vor.

M. K. Dussembajew: Während meiner Arbeit in Ekibastus sah und erkannte ich deutlich, wie unproportional sich der ökonomische und soziale Bereich entwickelten und auch heute noch entwickeln. Das trifft natürlich nicht allein auf Ekibastus zu. Ich bin der Ansicht, daß die Verzerrungen zugunsten des Produktionsbereichs möglichst schnell korrigiert werden müssen.

Vorläufig bleiben viele Reserven zur Entwicklung von Teich- und Nebenwirtschaften der Betriebe ungenutzt. Es gilt, auch deren Patenhilfe für die Dorfbewohner zu aktivieren. Ich bin der Ansicht, daß dies für die Abschaffung der historisch entstandenen Ungerechtigkeit notwendig ist: Die Stadt muß dem Dorf ihre Schulden zurückzahlen. Das wird zugleich eine beträchtliche Unterstützung bei der Realisierung des Lebensmittelprogramms sein.

Das Wort ergreift N. F. Krasnoselski. Er verfügt über reiche Erfahrungen der Wirtschafts-, Staats- und Parteilarbeit. In der letzten Zeit ist er Leiter der Abteilung für Bauwesen und städtische Versorgungswirtschaft des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans. Er ist übrigens einer der Mitschöpfer des Programms „Wohnungsbau 91“.

N. F. Krasnoselski: Das Gebiet verfügt über ein gewaltiges Baupotential. Jedoch es wird unzureichend genutzt. Mehr noch — fast zwei Jahrzehnte lang steigt das Tempo des Wohnungsbaus nicht an. Besonders bleibt der Großplattenwohnungsbau im Rückstand. Könnte man den Prozentsatz der Nutzung der projektierten Kapazitäten der Baustoffindustriebetriebe wenigstens auf das Durchschnittsniveau der Republik bringen, würde man im Gebiet jährlich Zehntausende Quadratmeter Wohnfläche zusätzlich ihrer Bestimmung übergeben können.

Ich verstehe, daß dieses Problem nicht im Handumdrehen zu lösen ist. Man wird sich gut anstrengen müssen. Einen anderen Ausweg gibt es jedoch nicht: Die Hauptbemühungen müssen auf die Verstärkung und Entwicklung der Basis der Baustoffindustrie konzentriert werden. Dann wird man erfolgreich auch Vorschuleinrichtungen, Schulen, Krankenhäuser und andere besonders wichtige soziale und kulturelle Einrichtungen bauen können.

Die Programme der Kandidaturen wurden mit höchster Aufmerksamkeit angehört. Davon, wie die Teilnehmer des Plenums sie aufnahmen, zeigen am besten die Wahlergebnisse: M. K. Dussembajew und N. F. Krasnoselski wurden mit absoluter Stimmenmehrheit in ihre neuen Ämter gewählt und in das Büro des Gebietspartei-Komitees eingeführt.

Das Plenum schloß die Genossen M. M. Makejew, G. A. Nikiforow und K. N. Schakirimow aus dem Büro des Gebietspartei-Komitees Pawlodar aus.

Auf die erneuerte Zusammensetzung des Büros wartet große Arbeit. Offen gesagt, ist das keine leichte Arbeit. Es wird gewaltige Anstrengungen kosten, um der Lösung der von der XIX. Unionspartei-Konferenz im Pawlodarer Irtyshgebiet gestellten Aufgaben das nötige Tempo zu verleihen, das Versäumte nachzuholen und im Gebiet das seinem ökonomischen Potential entsprechende Niveau zu erreichen.

Abschließend ergriff der Erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans G. W. Kolbin auf dem Plenum das Wort.

Wollte man bis zu Ende aufrichtig sein, sagte er, so ruft das stattgefundenes Gespräch ein optimistisches Gefühl hervor: Es gibt allen Grund zur Behauptung, daß dieses Plenum zu einem Wendepunkt im Leben der Gebietsparteiorganisation, in ihrer mannigfaltigen Tätigkeit zur Realisierung der Aufgaben der Umgestaltung werden wird.

Dieser Optimismus ist nicht nur mit der Lösung wichtiger Organisationsfragen verbunden, obwohl schon die wesentliche Erneuerung der Zusammensetzung des Büros des Gebietspartei-Komitees an und für sich das Geschäft und politische Potential des Partei-Komitees zweifelslos steigern und in seine, sagen wir es geradheraus, etwas stagnierende Atmosphäre frischen Wind bringen wird. Das Wichtigste besteht unserer Meinung nach aber darin, daß es im Laufe des Plenums gelungen ist, die aktuellsten, grundlegendsten Probleme, die gegenwärtig vor Partei und Volk stehen, zu erörtern und die Zielsetzungen der XIX. Unionskonferenz der KPdSU in Bezug auf die örtlichen Bedingungen zu konkretisieren.

Und das ist keine grundlose Behauptung. Wollte man das Wesen der von der Tribüne des Plenums aus gehaltenen Ansprachen zu einem einheitlichen Ganzen vereinen, dann ergibt sich nichts anderes, als ein qualitativ neues politisches Aktionsprogramm des Gebietspartei-Komitees, das eine ganze Reihe kühner, nichtordnbarer Herangehensweisen enthält, die die Sachlage in der vielzweigen Wirtschaft der Region rasch zu verbessern, das Lebensniveau der Menschen zu heben, einen jähen Umschwung im politischen und ökonomischen Denken der Massen zu erzielen vermögen.

Ich nehme an, solch eine Bewertung des Plenums wird niemandem als übertrieben erscheinen. Denn jener durch gemeinsame Bemühungen abgezeichnete strategische Kurs, hat schon in vielen Gebieten der Republik anschauliche, reelle Resultate herbeigeführt. Ihre Landsleute Arbeiter aus Pawlodarer Betrieben, Partei- und Arbeitsveten, die unlängst im Bestand von Delegationen in Koktschetaw, Zelinograd und Taldy-Kurgan weilten, sahen die konkreten Resultate des neuen Herangehens an die Lösung z. B. des Lebensmittelproblems und an die Organisation des Handelwesens mit eigenen Augen. Sie erzählten von ihren Eindrücken sowohl in Presseaussagen als auch auf dem unlängst abgehaltenen Plenum des Stadtpartei-Komitees Pawlodar.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß diese Aussagen der Augenzeugen bei den meisten Kommunisten und den Werktätigen des Gebiets nicht nur Neid auf ihre Nachbarn, sondern auch das dringende, brennende Bedürfnis hervorriefen, die Frage beantwortet zu sehen: Warum hier, in dieser industriell und agrar-entwickelten Region der Republik, die über bedeutend größere Ressourcen und Möglichkeiten verfügt, das Umgestaltungstempo viel geringer ist und die positiven Umwandlungen praktisch nicht zu spüren sind?

Die Antwort fällt natürlich nicht eindeutig aus. Manches hat sich im Laufe des heutigen Plenums geklärt; gründlicher wird die Gebietsparteiorganisation auf die Hemmungsursachen während der praktischen Arbeit zur Aufdeckung der verborgenen Mängel eingehen müssen. Die Hauptursache besteht jedoch darin, daß der Umgestaltungsprozess im Gebiet weit weniger effektiv ist. Die Parteiliegen sämtlicher Ebenen sind noch nicht zu ihren wahren Schöpfern und die Parteiliegen — nicht zu anerkannten Führern der eintretenden Umwandlungen geworden.

Manch einer wird entgegen, es gebe nicht einmal zwei nach dem sozialökonomischen Stand ganz gleiche Regionen, um so weniger in gleichem Maße vorbereitete Leiter. Daher sei es angebracht nur natürlich, daß die Sache in einem Gebiet besser läuft als im anderen. Dem könnte man befehligen, wenn die Kluft zwischen den sozialökonomischen Kennziffern des Gebiets Pawlodar und, sagen wir, des Gebiets Zelinograd unwesentlich wäre und auf einem gewissen durchschnittlichen, doch immerhin hohen Niveau läge. Der Unterschied ist jedoch riesengroß, es ist ein leichtes, sich davon zu überzeugen, auch wenn man die Ladentische der Lebensmittelgeschäfte beider Gebietszentren auch nur visuell vergleicht. Wie darf es denn zugelassen werden, daß die Werktätigen derselben Zone der Republik so leben, als ob sie sich in ganz verschiedenen Natur- und Klimabedingungen befänden?

Bezeichnend ist auch, daß die Leiter von Regionen, in denen die Sache nicht zum besten bestellt ist, das Spitzenreiterniveau häufig nicht dadurch zu erlangen suchen, daß sie sich ihm dank steigender Wirksamkeit ihrer Wirtschaftstätigkeit annähern, sondern durch die Besetzung der Diskrepanz mittels aller möglichen zweifelhaften Methoden. Sie bemühen sich beispielsweise, ihre Nachbarn mit allen beliebigen Mitteln in Verfall zu bringen und deren Leistungen zu unterschätzen.

Auf derartige Tendenzen zur gewissen Nivellierung mit dem Prädikat „Minus“ stoßen die Mitglieder des Büros des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans während ihrer fälligen Zusammenkünfte mit den Ersten Sekretären der Gebietspartei-Komitees. Manche geachteten Persönlichkeiten suchten mit vollem Ernst nachzuweisen, daß eine umfassende Propagierung der Erfahrungen bei der Lösung des Lebensmittelproblems in den Gebieten Koktschetaw, Zelinograd, Kustanal und einigen anderen schädlich sei. Diese Haltung erklärte sie dadurch, daß ähnliche Informationen bei den Menschen angeblich Gerechtigkeit und Unzufriedenheit mit der Lebensmittelversorgung im eigenen Gebietszentrum oder irgendeiner anderen Siedlung wecken könnten.

Was läßt sich dazu sagen? Für uns, die Mitglieder des Büros des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, sind solche Äußerungen der beste Beweis dafür, daß die Politik, die wir betreiben, richtig ist. Gerade die weitgehende Propagierung der ersten Fortschritte bei der Umgestaltung und die breite öffentliche Information sind die wichtigsten Stützen in unserer gemeinsamen Arbeit. Philosophisch gesehen, gilt gerade die Unzufriedenheit eines Menschen mit der jeweiligen Sachlage als Triebkraft eines beliebigen Fortschritts. Nicht um-

sonst würden also während deren Stagnationsperiode die vermeintlichen Erfolge hartnäckig und lauthals ausposaunt und die Unzulänglichkeiten fast völlig verschwiegen: Mögen die Menschen nur nicht am gewohnten Lebenslauf zu zweifeln beginnen.

Manch einer scheint aber noch heute starke Nostalgie für die unwiderbringlich vergangenen Zeiten zu empfinden. Es ist ein offenes Geheimnis, daß manche leitenden Mitarbeiter des Gebiets Pawlodar es geradezu nicht haben möchten, daß Arbeiterdelegationen sich ihren Nachbarn zwecks Erfahrungsaustausch fahren. Denn die Leute könnten ja über das dort Gesehene staunen und sich fragen: Sind wir etwa schlechter? Warum leben nicht auch wir so wohlhabend? Und sie würden selbstverständlich an ihre Partei- und Wirtschaftsfunktionäre durchaus berechtigte Ansprüche stellen.

Eine ähnliche Situation war kürzlich auf dem jüngsten Plenum des Pawlodarer Stadtpartei-Komitees entstanden, dessen Ergebnisse im Gebiet wie in der ganzen Republik bereits allen bekannt sind. Ich glaube, niemand zweifelt an der Richtigkeit der auf diesem Plenum getroffenen Beschlüsse. Die gleiche prinzipielle Politik, ganz im Sinne der Beschlüsse der XIX. Unionspartei-Konferenz, wird auch vom jetzigen Plenum des Gebietspartei-Komitees betrieben. Das zeugt zwangsläufig davon, daß die gesunden Kräfte, die den hemmenden Einfluß von Trägheit und Stagnation restlos zu überwinden vermögen, in der Gebietsparteiorganisation die absolute Mehrheit bilden.

Uns steht eine umfangreiche Arbeit bevor, betonte ferner G. W. Kolbin. Das Gebiet hat, bildlich gesprochen, in der Startlinie viel kostbare Zeit verloren, die für die Beschleunigung des Tempos der sozialökonomischen Entwicklung genutzt werden sollte. Indessen sinkt es in der Industrieproduktion im Laufe der letzten Jahre stetig im Laufe. Das Fehlen der erforderlichen Beharrlichkeit bei der Einführung des neuen Wirtschaftsmechanismus hat zur Folge, daß der Ausstoß von wichtigsten Erzeugnissen — Traktoren, Erdölbitumen, Ziegeln und einigen anderen — gegenüber 1985 nicht nur nicht angewachsen, sondern zurückgegangen ist.

Ein besonders großer Einbruch ist in der Arbeit der Traktorenbauvereinigung zu verzeichnen. Im Jahre 1987 wurden die Pläne hier um etwa 17 800 Traktoren nicht erfüllt; statt des geplanten Gewinns wurde ein Verlust von mehr als 25 Millionen Rubel verbucht. Auch in diesem Jahr arbeitet der Betrieb äußerst unbefriedigend. In den ersten neun Monaten sind um 3 195 Traktoren weniger als geplant vom Fließband gelaufen, und die Abnehmer haben Erzeugnisse im Werte von 18 Millionen Rubel weniger als vertragsgemäß vorgeesehen erhalten. Die Arbeitsdisziplin sinkt. Die Arbeitszeitverluste für acht Monate dieses Jahres haben in der Vereinigung gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 41 Prozent zugenommen.

Auch in einem anderen führenden Industriebetrieb des Gebiets — dem Pawlodarer Chemiewerk — ist die Sache nicht zum besten bestellt. Die Produktion läuft nach veralteter Technologie, die der Gesundheit der Menschen abträglich ist. Wegen der unbefriedigenden Lösung der sozialen und Dienstleistungsfragen bleibt die Kaderfluktuation weiterhin bestehen. Der Arbeitskräftemangel beträgt über 1 000 Mann.

In vernachlässigtem Zustand befindet sich die Arbeit zur Umstellung der Betriebe auf das Mehrschichtensystem und zur Erhöhung des Schichtkoeffizienten der Ausrüstungen. Allein in Pawlodar werden die Lieferverträge regelmäßig durch jeden fünften Betrieb verletzt. In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind Erzeugnisse um 29,6 Millionen Rubel zu wenig geliefert worden.

Trotz einiger positiver Ergebnisse im Investbau wird dessen vorrangige Richtung — der Bau von Wohnungen, sozialen und kulturellen Einrichtungen — noch unzulänglich entwickelt. So zum Beispiel sieht das Wohnungsbauprogramm für dieses Jahr die Übergabe von 90 Wohnhäusern vor. In den zurückliegenden neun Monaten sind davon aber nur 75 Prozent gebaut worden. Auch der Wohnungsbau in Einzelleistung kommt nicht in erforderlicher Weise voran. Es genügt der Hinweis, daß sein Anteil am Gesamtumfang des Wohnungsbaus nicht mal drei Prozent erreicht. Ja, wer würde schon den Bau eines Hauses übernehmen, wenn es sich dabei um veraltete Projekte von Häusern handelt, in denen die Wohnungen klein sind und die Ingenieurtechnische Versorgungslösungen sowie sonstiger Komfort fehlen. Eine ähnliche Einstellung zu dieser überaus wichtigen Sache bringt die Idee des Wohnungsbaus in Einzelleistung als solche in Miskredit.

Die Zahl der Wohnungsantragsteller geht im Gebiet nur langsam zurück. Aufgrund der mangelhaften Buchführung und Kontrolle lassen es manche Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre

bei der Wohnraumzuweisung noch zu groben Verletzungen der Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit kommen.

Dem Gesellschaftsbau wird ganz offenkundig unzureichende Beachtung geschenkt. Davon zeugt das Krankenhaus für Traktorenbauer, das bereits als „Investruine“ dasteht. Es befindet sich nun schon seit 40 Monaten im Bau. Doch sind hierbei in dieser Zeit von den bereitgestellten 17 Millionen nur 2,8 Millionen Rubel in Anspruch genommen worden.

Und solcher Beispiele gibt es viele. Was aber am meisten entsetzt, ist die hochmütig-selbstgefällige Einstellung einzelner Partei- und Wirtschaftsfunktionäre, insbesondere unter den leitenden Mitarbeitern des Stadtpartei-Komitees, zu den Einbrüchen im Bauwesen. Für jede beliebige Kritik haben sie die schablonenhafte Antwort parat: Bei uns sieht es eigentlich nicht schlechter aus als bei den anderen. Also ging es diesen armseligen Funktionären nicht um die Belange der Menschen, sondern darum, wie sie in den Augen der höherstehenden Führung wirken werden.

Eine ähnliche Haltung bezogen sie auch in Fragen der Lebensmittelversorgung. Um sich davon zu überzeugen, genügt ein Einblick in die Materialien des Plenums des Stadtpartei-Komitees, das die Lebensmittelfrage behandelt. Ihre oberflächliche und nicht selbstkritische Einstellung zur Analyse der Sachlage in diesem Bereich und zur Bewertung der Rolle der Büromitglieder des Stadtpartei-Komitees bei der Lösung, der Frage der Lebensmittelversorgung, ihr Bestreben, die ganze Verantwortung auf die Schultern des Agrar-Industrie-Komplexes abzuwälzen sowie das Fehlen eines konkreten Aktionsprogramms sind ein überzeugender Beweis dafür, daß sie sich zu diesem heute äußerst akuten Problem formell verhalten. Als gingen es ihnen nicht um die Sache selbst, sondern darum, diese lediglich abzuhaken und sie damit als erledigt abzutun.

Mit der Rechenschaft hat es tatsächlich geklappt, was aber die Warenstände in den Läden betrifft, so stehen sie nach wie vor leer. Wo sollten die Waren auch herkommen, wenn die Forderung des Stadtpartei-Komitees, die Konsumtionsfonds bei den wichtigsten Lebensmitteln zu vergrößern, mit zu den Schwerpunkten des Plenumsbeschlusses gehört? Es geht also nicht darum, eigene Reserven ausfindig zu machen und dem Agrar-Industrie-Komplex bei der Lösung der aktuellen Aufgabe zu helfen, sondern einzig und allein um die Vergrößerung der Fonds. Man kann nur staunen hinsichtlich der konsumenterhaften Einstellung derartiger Parteiliegen, für die selbst die Forderung der XIX. Unionspartei-Konferenz, das Dorf in jeder Weise zu unterstützen und die sich im Laufe von Jahrzehnten angesammelten Schulden gegenüber der Bauernschaft abzutragen, ein leerer Schall ist.

Dabei gibt es viele Möglichkeiten und Mittel, um ihnen Hilfe zu erwirken. Nehmen wir zum Beispiel solchen Tätigkeitsbereich wie die Errichtung von Heuschuppen. Im Gebiet werden jährlich 20 bis 30 Prozent der beschafften Futtermengen nur deshalb untauglich, weil es ein elementarster Überdachsungsmangel ist, die das Futter vor dem Unwetter schützen würden. Es gibt den Regierungsbeschluss, der es gestattet, bis zu 10 Prozent der Investitionen der Industriebetriebe für die Bedürfnisse des Aproprorn bereitzustellen. Warum könnte die mächtige Industrie von Pawlodar diese Mittel nicht auf die Errichtung von Heuschuppen lenken? Wenn die 10 Prozent nicht ausreichen, dann sollen sie 15 gewähren, aber das wunde Problem muß kardinal gelöst werden. Damit bringen sie schließlich auch sich selbst Nutzen: Mehr Futter wird erhalten bleiben, dann gibt es auch mehr Milch für die Versorgung der Stadt.

Wie viele ungeklärte Fragen gibt es im Bereich der Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produktion! Bis heute sichern die verarbeitenden Betriebe des Agrar-Industrie-Komitees des Gebiets nicht die Produktion von Sahne, Quark und Molkeerzeugnissen, von Kleinbackwaren, von alkoholfreien Getränken und Mineralwasser aus örtlichen Quellen. Außer langsam werden zugleich die Arbeiten zur technischen Umgestaltung des Fleischkombinats zur Errichtung der neuen Stadtmolkerei geführt. Wegen der Verletzung der Technologie sind viele Fleischzeugnisse von niedriger Qualität. So wurden zum Beispiel allein in der ersten Julihälfte 20 Prozent der Wursterzeugnisse und Räucherwaren, hergestellt in den Betrieben des Pawlodarer städtischen Konsumhandels, assortiert.

Unter gemeinsamen Bemühungen des Agrar-Industrie-Komitees und der Betriebe der Stadt hätte man schon längst das Problem der Aufbewahrung und Konservierung der Obst- und Gemüseproduktion lösen können. Aber auch da gibt es kein Einverständnis. Viele Betriebe besitzen keine Gemüsespeicher, darunter auch solch ein großer wie die Vereinigung für Traktorenbau.

Keine gebührende Entwicklung haben die Hilfswirtschaften der

Betriebe und Organisationen erfahren. Die meisten davon denken gar nicht daran, Initiative zur Übernahme unrentabler Agrarbetriebe zur Gründung von Agrarabteilungen aufzubringen. Es genügt zu sagen, daß nur jeder zehnte Betrieb der Stadt eine Hilfswirtschaft besitzt.

Aber auch in den vorhandenen Hilfswirtschaften sieht es nicht zum besten aus. Im Vorjahr zeugten sie kaum drei Kilogramm Fleisch pro Einwohner von Pawlodar und 14 pro Arbeiter des Betriebs, der eine Agrarabteilung besitzt. Und in solchen Gigantbetrieben wie das Traktoren-, das Erdölverarbeitungswerk, der „Trust „Pawlodarpromstol““ beträgt diese Kennziffer kaum 3 bis 5 Kilogramm.

Spricht man von den Hilfswirtschaften, so könnte die Industrie des Gebiets, wenn sie sich der Sache ernst annehmen würde, dem Agrar-Industrie-Komitee nicht nur wesentliche Hilfe bei der Erzeugung von Fleisch und Milch erwirken, sondern auch das Problem der Versorgung mit Graupenkulturen lösen. Allein auf den Ländereien der Hilfswirtschaften könnte man die Erzeugung von Buchweizen in einem Umfang organisieren, der es ermöglichen würde, damit die Bevölkerung des ganzen Gebiets zu versorgen, dazu auch die Nachbarn. Schon ganz zu schweigen von den kolossalen Möglichkeiten der Betriebe bei der Errichtung von Produktionskapazitäten für die Verarbeitung von Buchweizen.

Es gibt auch nicht wenig andere Reserven, die auf die Verbesserung der Lebensmittelversorgung wesentlich einwirken könnten. Gemeint ist die Errichtung eines breiten Netzes von Halbfabrikat- und Konditoreischäften sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande, die Produktion von Backwaren unmittelbar in den Verkaufsstellen, die Vergrößerung des Sortiments von eingelegetem Obst und Gemüse usw. Nehmen wir zum Beispiel den Kohl, der auf den Ladentischen nur gesalzen erscheint. Dabei ist es ja kein Geheimnis, daß man den Kohl nach Dutzenden verschiedenen Rezepten zubereiten kann.

Mit einem Wort, es gibt recht große Möglichkeiten, die keine außerordentlichen Bemühungen und großen Investitionen erfordern. Benötigt werden nur Unternehmungsgeist, das Vermögen, nichtordnare Entscheidungen zu treffen, Entschlußfähigkeit und selbstverständlich der heiße Wunsch, den Bedürfnissen und Ansprüchen der Menschen entgegenzukommen, das wahrlich parteiliche Bestreben, die Umgestaltung zu behaupten.

Die Ansprachen, die von dieser Tribüne heute erklungen, beweisen, daß die erneuerte Zusammensetzung des Büros des Gebietspartei-Komitees ein solches Bestreben aufweist. Besonders erfreulich ist, daß in seinem Blickpunkt die erstrangigen sozialen Fragen stehen werden, das heißt eben diejenigen, nach deren Lösung die Werktätigen über die Ernsthaftigkeit der eingetretenen Wandlungen urteilen.

Ich möchte besonders hervorheben, daß die Meinung der Werktätigen über ihre Partei- und Staatsführer unter den Bedingungen der Demokratisierung und Offenheit eine besondere Bedeutung gewinnt. Denn um den hohen Posten des ersten Sekretärs des Partei-Komitees einzunehmen, wird man durch das vierfache „Seib“ der Partei- und Volksabstimmung gehen müssen. Dem sind nur wahre Anführer gewachsen, die das Ansehen nicht nur der Parteiliegen, sondern auch der breiten werktätigen Massen erkämpft haben.

Solch eine Perspektive bewegt viele Parteiliegen, selbst die autoritativen. So manchen erschreckt sie sogar. Nicht von ungefähr klang in den Ansprachen mancher Redner auf dem jüngsten Treffen der Büromitglieder des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans mit den Ersten Sekretären der Gebietspartei-Komitees Unruhe mit. Einige stellten sogar die Frage nach der Notwendigkeit eines sogenannten „sozialen Schutzes“ für den Parteilieger.

Es entsteht die Frage: Vor wem soll man sie schützen? Vor den Wählern? Vor dem Volk? In solchem Fall muß man in die Zeiten zurückkehren, wo allein der Nominalstimmzettel manchen Leuten strikt Erfolg in beliebiger Wahlkampagne mit dem positiven Ergebnis von 99,99 Prozent vorbelit. Jetzt existiert für uns nur ein „Schutz“ — das volle Vertrauen der Menschen, das man jeden Tag und jede Stunde erneut erringen muß. Die einstigen Umgestaltung des Fleischkombinats zur Errichtung der neuen Stadtmolkerei geführt. Wegen der Verletzung der Technologie sind viele Fleischzeugnisse von niedriger Qualität. So wurden zum Beispiel allein in der ersten Julihälfte 20 Prozent der Wursterzeugnisse und Räucherwaren, hergestellt in den Betrieben des Pawlodarer städtischen Konsumhandels, assortiert.

Das Leben zeigt aber, daß einige Leiter auch in dieser Situation Wege finden, um ihr Ansehen nicht durch Taten, sondern durch ihren Schein, durch pseudodemokratische Handlungen und Selbstreklame zu heben. Solch ein Parteiliegender braucht nur einmal zu Fuß zur Arbeit zu gehen oder mit einem öffentlichen Verkehrsmittel zu fahren, oder ein paar mal im Lebensmittelgeschäft Reklame zu stehen, als um ihn schon der Glorienschein eines Demokraten geschaffen wird, den er übrigens selbst aktiv propagiert.

Ich möchte richtig verstanden werden, unterstrich G. W. Kolbin. Ich bin auch dafür, daß wir besser wissen, was das Volk liebt, daß wir den Menschen offen und zugänglich sind. Aber mit solchen Qualitäten wie Anspruchslosig-

Sowjetdeutsche: Blick in die Geschichte

Im Kampf um Recht und Freiheit

Revolutionäre Umgestaltungen in den deutschen Siedlungen im Jahre 1917 und der Kampf um die Sowjetmacht

Die Februarrevolution gab durch die Abschaffung der Monarchie und des damit in enger Bindung stehenden schonungslosen nationalen Druckes, nun auch den nationalen Minderheiten die Möglichkeit, sich zu nationalen Verbänden zu organisieren. Die Rußlanddeutschen, 1871 ihrer Selbstverwaltung beraubt und den allgemeinen russischen Gesetzen gleich allen anderen Untertanen unterstellt, bekundeten, gleich anderen Nationalitäten des Russischen Reiches, den heftigsten Wunsch, sich zur nationalen Einheit zusammenzuschließen. In vielen größeren deutschen Siedlungsgebieten entstanden sogenannte „deutsche Komitees“, an deren Spitze sich sofort die Bourgeois und Geistlichen stellten, deren „Bemühungen“ um die „gemeinsame Sache aller Kolonisten“, die sie angeblich vertraten und welche sie nur insoweit interessierte, da sie ihre privaten Geschäfte gedeihen ließ, ihnen nicht wenig Autorität unter der Kolonistenmasse verschaffte. Dies jedoch nur in erster Zeit. Bald wurde der „Klassenkampf“ auch innerhalb der „Komitees“ deutlich.

Die bürgerliche Spitze der „Deutschen Komitees“ entfaltete eine rege Tätigkeit, indem sie bestrebt war, diese Bewegung in ihren eigennützligen Interessen auszuschlachten. In ihren Flugblättern appellierte sie an die „gemeinsamen“ Interessen aller Deutschen im Reich, erinnerte an das „gemeinsam“ erlittene Unrecht seitens des Zaren und rief ihre Landsleute gleichzeitig auf, die Kerenski-Regierung zu unterstützen und den Krieg bis zum siegreichen Ende zu führen.

In Petrograd wurde sogar ein „Deutsches Zentralkomitee“ gegründet, welches sich zur Aufgabe stellte, die Tätigkeit aller „örtlichen deutschen Komitees“ zu überwachen.

Am 18. März 1917 trafen in Odessa Vertreter der deutschen Bevölkerung der Stadt und der nahen Umgebung zusammen und besprachen die politische Situation in Rußland nach dem Ausbruch der Bürgerrechte für alle Einwohner des Reiches. Man war sich darin einig, daß eine Besserung der Lage der Rußlanddeutschen nur bei der Rücknahme der Enteignungsgesetze von 1915 und 1917, der Einführung der deutschen Sprache als Amts- und Unterrichtssprache und der Gewährung des Minderheitenstatus nicht nur in Wort, sondern auch in der Tat möglich sei.

Auf der Odessaer Zusammenkunft wurde zuerst ein provisorisches Organisationskomitee gewählt, bestehend aus Dr. O. K. Walter, E. F. Krause, Pastor F. F. Merz, Ing. W. G. Reisch (stellv. Vorsitzender), L. G. Reichert (Vorsitzender), G. I. Tauberger (Sekretär) und Dr. med. Ja. M. Flemmer.

Die Teilnehmer der zweiten Zusammenkunft der Odessaer Deutschen, die am 28. März 1917 stattfand, einigten sich auf die Gründung eines „Allrussischen Bundes russischer Deutscher“. Das Komitee beschloß, für den 14. Mai in Odessa den allrussischen Delegiertenkongreß einzuberufen.

Zur selben Zeit wurden „Deutsche Komitees“ in Tiflis und Slawgorod (Westibirien) sowie in Bessarabien, auf der Krim, in den Gouvernements Odessa und Nikolajew gebildet.

Vom 20. bis 22. April fand in Moskau der „Moskauer deutsche

Kongreß“ statt, an welchem 86 Vertreter der Rußlanddeutschen aus den verschiedensten Siedlungsgebieten teilnahmen, und zwar aus den Gouvernements Saratow, Samara, Stawropol, Tiflis, Jekaterinow, Baku, Taurien, Jelisawetpol, Cherson, Wolhynien, Charkow, Livland, Petrograd, aus dem Kuban- und dem Dongebiet.

Die Initiative der Einberufung dieses Kongresses gehörte Professor Lindemann und einigen „höheren“ Persönlichkeiten Moskaus. Der Kongreß sprach sich für die Unterstützung der Provisorischen Regierung aus und wählte ein Komitee, bestehend aus drei Duma-Abgeordneten — Prof. Lindemann, Ja. F. Propp und A. A. Robertus — mit dem Sitz in Petrograd, welches bei der Provisorischen Regierung die Interessen aller Deutschen in Rußland vertreten sollte.

Am 25.—27. April 1917 wurde auf Anregung des kurz nach der Februarrevolution in Saratow gebildeten „zeitweiligen Komitees“ eine Versammlung der Wolgadeutschen einberufen, an welcher außer den dreißig Mitgliedern 334 Delegierte aus den deutschen Kolonien sowie städtischen Gemeinden teilnahmen. Die Versammlung wählte ein „Zentralkomitee der Wolgadeutschen“ mit dem Sitz in Saratow.

Am 12. Mai 1917 schuf die deutsche Gruppe in Moskau mit Professor Lindemann an der Spitze den Moskauer „Verband russischer Staatsbürger deutscher Nationalität“.

Dem Beispiel der südrussischen und wolgadeutschen Kolonisten sowie einigen anderen nationalen Minderheiten (Polen, Litauern, Letten, Esten, Mohammedaner) folgend, bildeten auch die Deutschen Petrograds am 30. September 1917 den „St. Petersburger Verband russischer Bürger deutscher Nationalität“, später, seit 1918, einfach „Deutscher Verband“ genannt.

Wir möchten da bemerken, daß die bisherigen Einschätzungen der Tätigkeit der „Deutschen Komitees“ in der Literatur zu einseitig und daher unrichtig waren.

Einige Historiker (D. Friesen, Penner, Krestjanow u. a.) vertreten die Meinung, die „Deutschen Komitees“ seien ausschließlich reaktionäre, nationalistische Gebilde gewesen; andere (Stach, Pantenius, Grosberg, Elfeld) zeigen dieselben als wahre „und alleinige Strelker für die Erhaltung des deutschen Volkstums, als die Avantgarde der nationalen Kolonistenbewegung in Rußland um die Zeit 1917—1918.

Weder die eine noch die andere Behauptung scheint uns der wirklichen Situation zu entsprechen.

Also, was forderten die deutschen Komitees?

- Der vom 14. bis 16. Mai 1917 abgehaltene erste „Allrussische Kongreß russischer Deutscher“ richtete bei der Provisorischen Regierung einen Antrag ein, der folgende Forderungen enthielt: — eine demokratische Republik, — Proportionalwahlrecht bei freier, gehehelter Wahl, — Gleichheit und Freiheit für alle Bürger, — Selbstbestimmungsrecht für alle Völker, — Beibehaltung des Rechts auf Privateigentum von Grund und Boden, — Landzuteilung an Landlose und Landarme, staatliche Unterstützung für Sozialschwache. Oder sehen wir zum Beispiel,

was auf dem Moskauer Kongreß (20.—22. April 1917) zur Besprechung kam. „Beraten wurde über eine politische Plattform, auf die man die deutsche Bevölkerung für die bevorstehenden Wahlen zur Konstituante einigen konnte. Eine republikanische Staatsordnung wurde als die einzig wünschbare angesehen. Gefordert wurde das Recht auf Privateigentum an Grund und Boden und das Recht des Staates auf entschädigungslose Beschlagnahme von Kabinetts- und Klosterländereien gegen angemessene Entschädigung. Der beschlagnahmte Grund und Boden sollte den Landlosen und Landarmen zugeteilt werden. Die Liquidationsgesetze sollten außer Kraft gesetzt und die Geschädigten gerechtfertigt werden. Deutsch sollte wieder als Amts- und Unterrichtssprache eingeführt, der Druck von Büchern und Zeitungen in deutscher Sprache sollte zugelassen werden.“

In der Versammlung der Wolgadeutschen, die vom 25. bis 27. April stattfand, wurde beschlossen, eine deutschsprachige Zeitung herauszugeben, die die Schulpflicht für 7- bis 14jährige einzuführen, die Agrarfrage zu nutzen und die Landlosen und Landarmen zu lösen sowie eine „Republikanische Kolonistenpartei“ zu schaffen.

In einem Telegramm an die Provisorische Regierung und den Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten in Petrograd gab das „Zentralkomitee der Wolgadeutschen“ den Wunsch der deutschen Bevölkerung bekannt, ihr Recht auf Selbstbestimmung innerhalb des Russischen Reiches zu verwirklichen.

Wohlgemeinte Absichten, nicht wahr?

Es war eben die Zeit breiter nationaler Bewegungen in ganz Rußland. So erstarkte zusehends die nationale Bewegung der muslimischen Völker. Über das Endziel ihrer Bewegung waren sich die einzelnen Organisationsparteien aber nicht einig. Die Meinungen gingen weit auseinander; sie reichten von einer kulturellen Autonomie aller Moslems innerhalb des russischen Staates bis zur Loslösung einzelner Gebiete (z. B. der Krim) von Rußland.

In den russischen Großstädten organisierten sich die „Nationalen“ (Polen, Litauer, Juden, Armenier) ebenfalls zu nationalen Verbänden.

Wie wir sehen, forderten die „Deutschen Komitees“ wie auch die Semstvos eine Selbstverwaltung entsprechend der bürgerlichen Theorie des „Übereinkommens“ mit der bestehenden Staatsordnung nicht auf der Grundlage eines Arbeiter- und Bauernstaates, was das Ziel der Bolschewiki und auch der deutschen Sozialisten im Wolgagbiet war. Die Sozialisten stellten in den Vordergrund ihrer politischen Forderungen die Herrschaft des arbeitenden Volkes und betrachteten die nationale Selbstverwaltung als die Folge der Weiterentwicklung der Demokratie im Arbeiter- und Bauernstaat.

W. I. Lenin war es, der in einer Auseinandersetzung mit den Bolschewiki betonte, daß es theoretisch unrichtig sei, die Forderung nach einer revolutionären Selbstverwaltung statt der Losung der Herrschaft des Volkes in den Vordergrund zu rücken, wie dies die Bolschewiki verlangten.

Auch wurde von den deutschen Komitees wie auch von allen nationalen Bewegungen das inter-

nationale Moment „vernachlässigt“.

So kam es zum Beispiel auf dem zweiten Kongreß der russischen Bürger deutscher Nationalität, der vom 10. bis 12. September 1917 in Moskau stattfand, zu Meinungsverschiedenheiten über den Stand der Organisationsarbeit sowie der Zusammensetzung der Kandidaten zur gesetzgebenden Versammlung. Durch die Stimmenmehrheit beschloß jedoch der Kongreß bei den Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung nur deutsche Kandidaten zu unterstützen.

Diese Absicht des Moskauer Kongresses stieß auf die Gegenwirkung seitens der linksorientierten Gruppen an der Basis. An der Spitze war es der „Verband der Sozialisten“, der sich dem Beschluß des Moskauer Kongresses, nur deutsche Kandidaten für die bevorstehenden Wahlen aufzustellen, widersetzte. Die Sozialisten des Wolgagbiets mit Adam Emig an der Spitze, die sich um die bereits gegründete „linke“ Zeitung „Der Kolonist“ scharten, traten für den Anschluß an die russischen Parteien ein. Nachdem die bürgerliche Spitze der deutschen Komitees gewarnt wurde, daß es ihr immer schwerer fällt, in Rußland zu beherrschen, beschloß sie, energische Maßnahmen einzuleiten. In der Presse erschienen zahlreiche Versöhnungsartikel, Beiträge, in denen man sich weitschweifend über gemeinsam erlittenes Leid und gemeinsame Interessen der Rußlanddeutschen ausließ.

Es war jedoch schon zu spät. Wesentliche Unstimmigkeiten bestanden nicht nur zwischen den drei Komitees des Landes (Saratow, Moskau, Odessa), sondern auch innerhalb der einzelnen Komitees. Auch hier gab es den „verhängnisvollen“ Zug nach links. In den Komitees gab es nämlich nicht wenig liberal gesinnte Intellektuelle: Ingenieure, Lehrer, Beamte, denen die klaren Ziele des bereits gegründeten Sozialistenbundes mehr imponierten als die verschwommenen, nebelhaften „Ideen“ ihrer Anführer.

Die meisten Historiker waren sich darin einig, daß der Einfluß der Sozialisten um diese Zeit auf die Gemüter der deutschen Bevölkerung im Wolgagbiet sehr gering gewesen sei. Auch dies muß wiederlegt werden. Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung, die am 12. November 1917 durchgeführt wurden, sind dafür wohl der beste Beweis. „In den acht Wahlkreisen des Gouvernements Samara gingen von den ca. 2.200.000 Wahlberechtigten rund 1.207.000 zur Wahlurne. Der Wahlvorschlag enthielt 16 Wähllisten. Von den gültigen 1.202.219 Stimmen entfielen auf die Liste Nr. 1 „Bund der Sozialisten des Wolgagbiets“ 42.148 Stimmen. Auf die Liste Nr. 16 des „Verbandes russischer Bürger deutscher Nationalität des Mittleren Wolgagbiets“ entfielen 42.705 Stimmen. Im Bezirk Nikolajewsk entfielen auf die Liste Nr. 1 — 12.205, auf die Liste Nr. 16 — 12.889 Stimmen. Im Bezirk Nowotzensk entfielen auf diese Listen entsprechend 29.469 bzw. 31.990 Stimmen.“

Nach der Oktoberrevolution gewann der Sozialistenbund unter der deutschen Bevölkerung immer mehr an Autorität. Der klassebewußte Teil der Sozialisten schloß sich der Partei der Bolschewiki an und begann mit den Arbeitern, Bauern und Tagelöhnern einen unermüdeten Kampf für den Aufbau der Sowjetmacht im deutschen Dorf.

Den werktätigen deutschen Massen imponierte es eben mehr, daß die Sozialisten den Bund nicht mit der nationalen Bourgeoisie, die für nationale Abkapselung eintrat, anstrebten, sondern mit dem gesamten Proletariat Rußlands, mit dem russischen Proletariat an der Spitze, das sich für die internationalen Interessen aller Werktätigen des multinationalen Staates einsetzte.

(Fortsetzung folgt)

PANORAMA Auf langfristiger Basis Auf mehr als fünf Milliarden Rubel wird sich der Warenumsatz zwischen der UdSSR und der BRD in diesem Jahr belaufen. Wie TASS im Ministerium für Außenwirtschaft der UdSSR erfuhr, liegt die Bundesrepublik Deutschland weiterhin stabil an erster Stelle unter den Handelspartnern der Sowjetunion in der kapitalistischen Industrieländer. In den letzten Jahren war allerdings ein gewisser Rückgang im Warenaustausch zwischen beiden Ländern zu verzeichnen, in diesem Jahr konnte er aber stabilisiert werden. Zugleich entspricht das Niveau der Geschäftskontakte zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik vorerst eindeutig nicht dem großen industriellen und wissenschaftlich-technischen Potential beider Länder. Das wirkt sich auch auf die Struktur des bilateralen Handels aus. So sind die Lieferungen westdeutscher Maschinen und Ausrüstungen in die UdSSR in letzter Zeit wesentlich gestiegen, während die UdSSR weiterhin hauptsächlich Energieerzeugnisse exportiert, der Anteil von Maschinenbauezeugnissen liegt bei zwei Prozent oder darunter. Die Seiten suchen aktiv nach Wegen zur Erweiterung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Dazu könnte unter anderem die Entwicklung solcher Formen der Zusammenarbeit beitragen wie bilaterale Kooperation und Joint Ventures. Gegenwärtig unterhalten sowjetische Betriebe Kooperationsbeziehungen zu 95 Firmen in der Bundesrepublik, gebildet wurden 20 gemeinsame Produktionskapazitäten, die Hälfte davon im Maschinenbau. In den sowjetischen Geschäftskreisen wird die Ansicht vertreten, daß die Einbeziehung kleiner und mittlerer westdeutscher Firmen in beträchtlichem Maße zur Erweiterung der sowjetisch-bundesdeutschen Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft beitragen könnte. Sie sind in der Lage, flexibel auf den sich verändernden Bedarf des sowjetischen Marktes zu reagieren und sich an Direktbeziehungen mit sowjetischen Partnern zu beteiligen. Dies würde seinerseits helfen, mehr Ausbalanziertheit im gegenseitigen Handel zu erzielen, zur Vergrößerung dessen Umfangs beizutragen und die Struktur des Warenaustauschs zu vervollkommen. Bemerkenswert ist, daß sich die sowjetisch-bundesdeutsche Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft auf langfristiger Basis entwickelt. Gegenwärtig wird mit BRD-Firmen über eine gemeinsame Realisierung einer Reihe von Großprojekten verhandelt. Zu diesen gehören komplexe Nutzung von Bodenschätzen der Halbinsel Kola in den Jahren 1988 bis 2000, Gründung von Konsortien für gemeinsame Errichtung von Wärmekraftwerken in Drittländern und Modernisierung sowjetischer Betriebe in der Leicht- und der Lebensmittelindustrie.

In den Bruderländern Raschere Wirtschaftsentwicklung tut not

HANOI. Das Stromgebiet des Roten Flusses, eine der größten Kornkammer Vietnams, benötigt eine raschere ökonomische Entwicklung. Zu dieser Schlußfolgerung gelangten die Spezialisten, die sich an der Erforschung des Industrie- und landwirtschaftlichen Potentials dieser Region beteiligt hatten.

Die Forschungsergebnisse zeigten, daß diese ausgedehnte Region mit den so großen ökonomischen Zentren wie die Republikhauptstadt Hanoi, die Hafenstadt Halphong, die Stadt der Textilarbeiter Nam Dinh, das Hüttenkombinat Thah Nguyen, der Wasserbaukomplex Hoa Binh, ungeachtet der bestehenden gewaltigen Möglichkeiten bis jetzt nur einen niedrigen Entwicklungsstand aufweist. Die örtliche technische Basis bleibt gegenüber Ho-Chi-Minh-Stadt um 20 und gegenüber anderen Ländern — um 50 Jahre zurück. Unbefriedigend ist die Situation in der Landwirtschaft und bei der Gewinnung von Meeresprodukten. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die im Stromgebiet des Roten Flusses produziert werden, reichen nicht einmal zur Versorgung der Republikhauptstadt und der hiesigen Provinzen aus. Man ist genötigt, jährlich Zehntausende Tonnen Nahrungsmittel aus dem Mekong-Delta, also aus dem Süden des Landes einzuführen.

Zu den wichtigsten Faktoren der erfolgreichen Entwicklung der Ökonomik des Gebiets können eine rationellere Standortverteilung der Arbeitskräfte, die Verbreitung des Stücklohnsystems, die weitgehende Einführung wissenschaftlich-technischer Entwicklungen in die Produktion und die Steigerung der Erzeugnisqualität werden.

Schülerakademie lud zum Experimentalvortrag

BERLIN. Mit einer Experimentalvorlesung Chemie begann die diesjährige Schülerakademie der Technischen Hochschule „Carl Schorlemmer“ Leuna-Merseburg. Bereits seit acht Jahren nutzen vor allem naturwissenschaftlich und technisch interessierte Mädchen und Jungen diese Form der außerunterrichtlichen Tätigkeit. In diesem Jahr stehen 57 Veranstaltungen zur Auswahl. Die Teilnehmer beschäftigen sich mit Themen wie „Von Basic bis Bürocomputer — ein Streifzug durch die Informatik“ oder „Was ist und was kann die Biotechnologie?“. Zu den Akademieveranstaltungen treffen sich die Schüler an der TH, der Kreisvolkshochschule sowie in Braunsbedra und Bad Dürrenberg.

Für Korea ohne Kernwaffen

Mit einer Resolution, in der die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Korea als dringliche Aufgabe bezeichnet wird, ist dieser Tage in Pjöngjang die Internationale Konferenz für eine kernwaffenfreie koreanische Halbinsel und Frieden und Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum zu Ende gegangen. Die Teilnehmer aus mehr als 30 Ländern appellierten an alle friedliebenden Menschen der Welt, die Solidarität mit dem koreanischen Volk in seinem Kampf um die Beseitigung der Kernwaffen aus dem Süden der Halbinsel und für die friedliche Wiedervereinigung zu verstärken. Die Konferenz, an der eine Delegation des DDR-Friedensrates unter Leitung seines Präsidenten, Prof. Dr. Günther Dreifahl, teilnahm, unterstützte die Initiative der KDVR für einen Friedensvertrag mit den USA und eine Nichtangriffserklärung zwischen der KDVR und Südkorea. (KasTAG)



In El Salvador dauert die angespannte Situation fort. Das Regime von Jose Napoleon Duarte führt mit Unterstützung der USA den blutigen Bürgerkrieg gegen sein eigenes Volk fort, der schon über 70.000 Menschenopfer gefordert hat. In der letzten Zeit haben sich erneut die paramilitärischen Formationen der „Todesschwadronen“ aktiviert, deren Hauptaufgabe die physische Beseitigung der politischen Gegner des Regimes ist. Unser Bild: Die fälligen Opfer des Terrors.

Rund 1.000 Demonstranten hatten sich vor dem Gebäude des Pentagon versammelt, um ihren Protest gegen die Einmischung der USA in El Salvador zu erklären. Die Teilnehmer der Protestkundgebung trugen in den Händen Kerzen und Holzkreuze mit den Namen unschuldiger Opfer der Kriegshandlungen in Mittelamerika. Sie errichteten vor dem Pentagon einen symbolischen Friedhof und versperrten die Zufahrten zu den Militärbehörden der USA. Über 200 Kundgebungsteilnehmer wurden von der Polizei verhaftet. Unser Bild: Die Kundgebung vor dem Pentagon. In der Mitte — der bekannte Friedenskämpfer B. Wilson. Fotos: TASS



Entgegenkommen bekundet

Der Präsident der Republik Afghanistan, Dr. Najibullah, hat die Bildung einer Sonderkommission angekündigt, die sich mit der Frage der Freilassung von zwei in Afghanistan inhaftierten Bürgern der Bundesrepublik Deutschland befassen soll. In einem Gespräch mit dem bundesdeutschen Geschäftsträger in Kabul erklärte er laut Bakhtar, trotz der eindeutigen Verletzung von Völkerrechtsnormen und afghanischen Gesetzen durch die beiden Bundesbürger halte er es für möglich, über die an ihn in einem Brief des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker herangetragene Bitte um deren Freilassung positiv zu entscheiden. Najibullah dankte der Führung der Bundesrepublik Deutschland für die bekundete Bereitschaft, Afghanistan Hilfe zu erteilen. „Wir rechnen mit einer allseitigen Unterstützung der Bundesrepublik und der Weltgemeinschaft bei der Beseitigung der Folgen des Krieges“, betonte er.

Neue Vorschläge über nukleare und Weltraumwaffen

In der vergangenen Woche hat die UdSSR-Delegation bei den in Genf fortdauernden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen konkrete Vorschläge über die Verfahren der Umrüstung der schweren Bomber eingebracht. Die sowjetischen Formulierungen betreffen sowohl die Verfahren dieser Umrüstung selbst, als auch die Kontrolle über die schweren Bomber der entsprechenden Kategorie und deren Bewaffnung. Die sowjetischen Formulierungen bieten die Möglichkeit, einen der wichtigsten Aspekte des Problems der Beschränkungen für die luftgestützten Marschflugkörper großer Reichweite und die schweren Bomber zu lösen. Im Rahmen der Gruppe für strategische Offensivwaffen wurde auch die Prüfung der von beiden Seiten eingebrachten Formulierungen zur Aufnahme in die in Vorbereitung befindlichen Dokumente fortgesetzt, die die Beschränkungen und die Kontrolle über die mobilen Startrampen für interkontinentale ballistische Raketen betreffen. Die UdSSR-Delegation sprach sich mit aller Bestimmtheit für die Zusammenstellung eines gemeinsamen Entwurfs eines Abkommens zu Fragen des ABM-Vertrages auf der Grundlage und in strikter Übereinstimmung mit der bekannten Washingtoner Formel aus, die in der gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Erklärung vom 10. Dezember 1987 fixiert und dann beim sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen in Moskau bekräftigt wurde.

Partei-Komitee: Anforderungen an die Kader erhöhen

(Schluß)

Ich muß sagen, daß sich im Gebiet in den letzten Jahren eine Art Kult der Verantwortungslosigkeit ausgebreitet hat. Und das nicht ohne Einfluß der Parteilunkel. Man kann so sagen: sie sind für jeden Kommunisten obligatorisch, aber ausschließlich damit gewinnt man kaum Ansehen bei den breiten Volksmassen. Die Umgestaltung bedeutet vor allem das Resultat. Du kannst ständig, gut und aufmerksam zu den Menschen sein, aber ohne reale Umwandlungen in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung gewinnst du das Vertrauen und die Anerkennung nicht. Da hilft auch keine Selbstreklame.

Das gilt auch für einige Leiter an der Basis, die noch vor kurzem die Menschen zu überzeugen versuchten, daß die Lage mit der Lebensmittelversorgung in Pawlodar nicht schlechter als bei den Nachbarn sei. Und man glaubte ihnen. Wenn es aber darum ging, wer im Gebietspartei-Komitee persönlich für die Lösung des Lebensmittelproblems verantwortlich ist, so zuckten viele verärgert mit den Achseln: Unbekannt, sagten sie. Uns gelang es jedoch, wenn auch mit Schwierigkeiten, diese Verantwortungslosen zu finden. Das war K. N. Schakirimow, ehemaliger zweiter Sekretär des Gebietspartei-Komitees. Es wundert nur, warum niemand weder im Gebiets-, noch im Stadtpartei-Komitee die elementare Frage nicht gestellt hat: Kann man denn sich ernst mit der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung befassen, wenn niemand den Kurator dieses Problems kennt? Da haben sie das Ansehen.

griffe Demokratisierung und Offenkundigkeit getarnt werden. Wir sind dafür, daß der Prozeß der Demokratisierung größtmöglich ausgebreitet und vertieft wird. Wir sind dafür, daß sich immer mehr Werktätige aktiver am öffentlichen Leben beteiligen. Aber auf keinen Fall bedeutet das eine Destabilisierung der Parteilorgane von ihrer wichtigsten Angelegenheit unter den Bedingungen der Umgestaltung — von der Auswahl und dem Einsatz der Kader, weil gerade durch die Erfüllung dieser Pflicht die leitende Rolle der Partei in unserer Gesellschaft realisiert wird. Das dürfen wir auf keinen Fall vergessen.

Hier noch eine nicht minder wichtige Nuance, die für den Arbeitsstil der früheren Leiter des Gebiets- und des Stadtpartei-Komitees von Pawlodar, nämlich G. A. Nikiforow, kennzeichnend ist, von der ich die Mitglieder des Gebietspartei-Komitees informieren möchte. Viele der Anwesenden wissen, daß im ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans und im ZK der KPdSU Briefe eingetroffen sind, unterzeichnet von einer bedeutenden Anzahl der Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre des Gebiets. Sie enthalten die Forderungen des früheren zweiten Sekretärs des Gebietspartei-Komitees K. N. Schakirimow ein noch höheres Amt als das bisherige zu verschaffen. Es lohnte sich nicht, heute davon zu sprechen, weil das Statut der KPdSU den Kommunisten nicht verbietet, ihre Vorschläge zu den jeweiligen innerparteilichen Fragen, darunter auch zu Kaderfragen, schriftlich oder

mündlich zu unterbreiten. Aber nicht alle wissen, daß G. A. Nikiforow, der Initiator und Organisator dieses Briefes, seine Partei genossen irreführt, und wenn man die Dinge beim Namen nennt, grübeln hinterging. In dem er ihnen den Text einer gewöhnlichen Meinungsäußerung über die sachlichen und politischen Qualitäten K. N. Schakirimows untergeschoben hatte. Als dann die Unterschriften gesammelt waren, wurde der Text, ohne dann die Unterzeichner darüber in Kenntnis zu setzen, abgedruckt und an die höherstehenden Parteilorgane weitergeleitet.

Die Angewohnheit, seine Handlungen verantwortungslos, nicht objektiv und oberflächlich einzuschätzen, hat den Kommunisten zur Fälschung zum sittlichen Verfall geführt. Ich bin mir sicher, daß daraus die richtigen Schlüsse gezogen und daß die Prinzipien der ehrlichen, offenen Beziehungen unter den Kommunisten und der strikten persönlichen Verantwortung für den übertragene Arbeitsabschnitt zweifellos triumphieren werden. Gestatten sie mir, sagte G. W. Kolbin abschließend, ihnen, Genossen, einträchtig ersprießliche Arbeit zu wünschen und die Hoffnung auszudrücken, daß die Pawlodarer Gebietsparteiorganisation in naher Zukunft den ihr gebührenden Platz unter den anderen Kampfformationen der Kommunistischen Partei Kasachstans einnehmen und einen würdigen Beitrag zur edlen Sache der revolutionären Erneuerung unserer Gesellschaft, zur Sache der Umgestaltung leisten wird.

(KasTAG)

